

Anfragen und Anträge der FDP-Fraktion zum Haushalt 2020

Produkt 54.70.0003 – Generalsanierung ZOB

In den vergangenen Sitzungsrounden wurde die Planung und Generalsanierung des ZOB vorgestellt und beschlossen. Zeitlich folgend wurden uns sowohl erste konkrete Vorstellungen zur Bewerbung für die IBA 2027 und der Landesgartenschau 2032 der Planungsbüros als auch die Weiterentwicklung der Firma Alfred Kärcher entlang der Karl-Krämer-Straße bekannt. Zugleich besteht im Bereich der unteren Marktstraße ein erheblicher Mangel an Parkplätzen. Darüber hinaus erwarten wir im Rahmen der zunehmenden Attraktivierung des ÖPNV im Bereich des Bahnhofs eine Knappheit von Park&Ride-Stellplätzen.

Unsere Fraktion sieht Potential für Synergieeffekte dieser Projekte und Herausforderungen. Wir beantragen daher, die Weiterverfolgung des Vorhabens Generalsanierung ZOB vorerst zurückzustellen und zuerst mit den oben genannten Entwicklungen abzustimmen und Möglichkeiten für beispielsweise mehr Park&Ride Plätze auszuloten.

54.10.0100 – Nr. 018: Verbesserung Belagsarbeiten der Nebenstraßen zur Marktstraße – Attraktivierung der Innenstadt

Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Fußgängerzone und Attraktivierung der Innenstadt wurde ein Konzept zur Innenstadtmöblierung, sowie besserer Beleuchtung gefordert. Die Beratung darüber haben bisher nicht stattgefunden (angedacht war Herbst 2019).

Anfrage: (Wo) Sind diese Maßnahmen im Planungszeitraum des Haushaltsplans 2020 berücksichtigt? Und in welcher Höhe?

Antrag: Insofern diese Maßnahmen nicht enthalten sind, beantragen wir die Einstellung von Haushaltsmitteln im Planungszeitraum des Haushaltsplans 2020.

Anfrage: Wann finden die Beratungen darüber statt?

Produkt 11.33.0000 – allgemeine Grundstücksangelegenheiten

1. (Zeile Nr. 3) Allgemeiner Grundstücksverkauf:

Anfrage: Wir bitten um Darstellung der einzelnen Liegenschaften, welche zum Verkauf stehen.

2. (Zeile Nr. 6) Erbbauzins

Anfrage: Um welche Liegenschaften handelt es sich? Wie lange ist die Restlaufzeit dieser Verträge?

3. Wir bitten die Stadtverwaltung, um eine Übersicht, welche Grundstücke aktuell oder zukünftig für sozialen Wohnungsbau vorgesehen sind.

Produkt 36.50.0101 – Kinderhäuser

Für die Kostenschätzung der noch zu planenden Kinderhäuser (z.B. Adelsbach, Koppelesbach, Körnle III, etc.) ist als Referenz das Kinderhaus Seewasen angeführt. Unserer Ansicht nach wäre es möglich gewesen, das Kinderhaus Seewasen kostengünstiger und effizienter zu bauen. Die Stadt Winnenden hat dies bereits in der jüngeren Vergangenheit beim Bau des Kinderhauses Schafweide mit einer deutlich geringeren Zielkostenvorgaben des Gemeinderats geschafft.

Antrag: Wir beantragen, dass für jedes der zu bauenden / kommenden Kinderhäuser eine maximale Zielkostenvorgabe festgelegt wird. (wie beispielsweise auch bei anderen kommunalen Bauvorhaben; Stichwort: Wunnebad)

Parkraumkonzept /Ruhender Verkehr

In einer vergangenen Sitzung wurde uns das Konzept für Parkraum in Winnenden vorgestellt. Dadurch wurde deutlich, dass über 160 Parkplätze durch diverse Gründe wegfallen und gerade in der Unteren Marktstraße kaum Parkmöglichkeiten für Kunden zur Verfügung stehen. Im Konzept wurden verschiedenen Möglichkeiten dargestellt, wie dieser Not Abhilfe geschaffen werden könnte.

Anfrage: Wo sind im Haushalt 2020 dafür Mittel bereitgestellt? (Falls keine Mittel eingestellt sind, beantragen wir diese einzustellen.) Wann wird der richtige Standort dafür beraten?

Eigenbetrieb Stadtbau

S.94 HH-Plan: Schwerpunkt Eigenbetrieb Stadtbau

Die FDP-Fraktion beantragt eine Agenda „Sozialer Wohnraum bis 2025“ – 300 geförderte Wohnungen für sozial benachteiligte Menschen

Winnenden kratzt an der Einwohnermarke von fast 30.000 Menschen – 300 Wohnungen wären bei einem 1 Personenhaushalt gerade mal 1 % der Bevölkerung. Winnenden hat aber deutlich mehr als 1-5 % Menschen, die auf sozialen Wohnraum angewiesen sind. Hinzu kommt die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

Die Stadtbau plant derzeit nur 70 Wohnungen. Zusätzlich muss aus dem Haushalt (S. 98) jährlich! rund 0,3 Mi€ Abmangel an die Stadtbau zugeführt werden, da dieses städtische Unternehmen nicht wirtschaftlich und zufriedenstellend arbeitet.

In seiner Rede zum Haushalt hat Hr. Dezernent Haas eingeräumt, dass die Stadtbau derzeit kein Erfolgsmodell ist und dass deshalb „die Organisationsform des Eigenbetriebs Stadtbau weiterentwickelt“ werden muss, um „zielgerichteter, schneller und effizienter handeln zu können“. Er schlägt „Organisationsformen des Privatrechts“ vor. Mit anderen Worten heißt das: die Stadtbau soll wie ein wohnungswirtschaftliches Unternehmen geführt werden. Dies bedeutet Personalaufstockung, mit Menschen, die Wohnungswirtschaft können. Damit tritt die Stadtbau in Konkurrenz zur Wohnungswirtschaft auf.

Antrag: Wir fordern die Stadtverwaltung auf ein eigenes Modell zu entwickeln (in Anlehnung an das Modell Höfen), in dem die Stadt in Erbbaurecht oder kostengünstiger als der Marktpreis Grundstücke an Investoren zur Verfügung stellt, um 100% Sozialen Wohnbau auf

diesen Grundstücken zu realisieren mit Belegungsrechten für die Stadt Winnenden. Die Stadtbau soll ab sofort keine weiteren Neubauten überteuert planen und umsetzen, sondern derzeitige Projekte abschließen und sich auf deren Verwaltungsaufgaben konzentrieren. Ferner soll die Stadtverwaltung prüfen, ob auch in Gewerbegebieten Wohnbau - nach dem Modell der IBA Wohnen und Arbeiten – ermöglicht werden kann, um kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

HasoWo

Für das HasoWo sind im Haushalt jährlich Einnahmen von ca. 100T€ eingestellt.

Anfrage: Warum ist dieser Betrag so niedrig?

Antrag: Vor der Abstimmung des Antrags zum HasoWo wurde dem Gemeinderat nicht korrekte Angaben/ bzw. nicht alle Informationen zur Entwicklung anderer Kommunen (Stichwort Weinstadt) dargelegt. Dies hatte ein verzerrtes Bild über die Aktivitäten anderer Kommunen ergeben und möglicherweise die Abstimmung beeinflusst. Wir beantragen daher, die Abstimmung und Beratung zum Thema HasoWo erneut in der nächstmöglichen Sitzung zu stellen.

Umweltschutz: Wasserspender/ Refill-Stationen

Antrag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Anbringung von leitungsgebundenen Wasserspendern zur Flaschenfüllung an Winnender Sporthallen, -plätzen und Schulen/ Kitas zu überprüfen.

Leitungswasser ist klimafreundlicher als Mineralwasser. Das BM für Ernährung und Verbraucherschutz empfiehlt daher das Aufstellen von Trinkbrunnen (leitungsgebundenen Wasserspendern) in öffentlichen Gebäuden. Die FDP-Fraktion möchte, dass das zuständige Bauamt, diese grundsätzlich (beispielsweise bei Renovierungen, Sanierungen oder Neubauten) mit einplant. Derzeit gibt es beispielsweise eine Refill-Station in der VHS/ Stabstelle für Integration.

Gewerbesteuererhöhung 2022 (S. 44)

Die FDP-Fraktion lehnt die Hebesatzerhöhung der Gewerbesteuer von 370 auf 380 Punkte ab 2022 ab und fordert stattdessen die Verwaltung auf, Ausgaben zu reduzieren (siehe Antrag Kindergärten) bzw. Projekte zu schieben (siehe Antrag ZOB). Des weiteren wird die Stadtverwaltung beauftragt weitere Einsparpotenziale zu suchen und zu nutzen und einen sorgsam Umgang mit Haushaltsmitteln zu pflegen, damit Unternehmen in einer möglichen Rezession nicht noch mehr belastet werden.

E-Mobilität/ Brandbekämpfung

Die Mobilität der Zukunft wird aus einem Antriebsmix aus Verbrennungsmotor und E-Fahrzeugen, Wasserstoff- oder Brennstoffzellen, Hybrid- und Gasantrieben bestehen. Ein Großteil der neu zugelassenen Fahrzeuge wird aufgrund der Fördermaßnahmen der Bundesregierung elektrisch betrieben sein. Auch die Stadtwerke Winnenden planen den

Einsatz von E-Autos. Es ist anzunehmen, dass durch den wachsenden Anteil von alternativ angetriebenen Fahrzeugen ebenso der Anteil von defekten oder verunfallten Fahrzeugen mit alternativen Antrieben zunehmen wird.

Von Lithium-Ionen-Batterien geht eine besondere Brandgefahr aus, da defekte oder beschädigte Batterien das Risiko der Selbstentzündung bergen. Bei einem Gewicht von über 500 Gramm sind die Unfallsicherung, der Abtransport und die Entsorgung in dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße gefahrgutrechtlich geregelt.

Insgesamt betrachtet stellen verunfallte und beschädigte alternativ betriebene Fahrzeuge die Einsatzkräfte und Brandschutzverordnung vor neuartige Herausforderungen, die in der Zukunft zunehmen werden. Es ist dringend erforderlich, dass die Einsatzkräfte und Kommunen auf die Entwicklung durch die Bereitstellung von fachgerechter Ausrüstung für die Brandbekämpfung, Sicherung und Transport reagieren und entsprechend geschult sind.

Anfragen

1. Gibt es spezielle Fortbildungen, Schulungsangebote oder andere Formen der Wissensvermittlung, welches Brandszenarien eines Autos mit alternativem Antrieb zum Gegenstand hat?
2. Gibt es eine Datenbank, welche zum Abtransport zertifizierte Unternehmen listet und auf welche Einsatzkräfte schnell zugreifen können?
3. Wie viele Container sind Ihrer Kenntnis nach im Raum Winnenden verfügbar? Ist die Anschaffung derartiger Container geplant?